Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V.
www.steuerzahler.de

Presseinformation 1/2020

Kiel, 17. März 2020

Verbesserung der Altersversorgung für Abgeordnete von der Tagesordnung der Landtagssitzung absetzen!

Der Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein fordert den Schleswig-Holsteinischen Landtag auf, die Beschlussfassung über eine Verbesserung der Altersversorgung für Abgeordnete von der Tagesordnung der Landtagssitzung am Mittwoch, 18. März 2020, abzusetzen.

Der Ältestenrat des Landtages hat zu Recht entschieden, die kommende Plenartagung zu verkürzen. Nur dringend notwendige Beschlüsse und Berichte sollen debattiert werden. Dazu zählt der Landtag aber offenbar auch die Verbesserung der Altersversorgung für die eigenen Abgeordneten. Der Tagesordnungspunkt 8 soll ohne Aussprache in einer Gesamtabstimmung mit 13 weiteren Beschlüssen behandelt werden, versteckt zwischen „Fahrradinfrastruktur" und „Nazi-Propaganda auf Kfz-Kennzeichen". Dieses trifft auf das Unverständnis der Steuerzahler im Land.

Dr. Aloys Altmann, Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein, zeigt sich empört: „Durch die Auswirkungen der aktuellen Corona-Krise fürchten viele Selbständige um ihre Existenz, Arbeitnehmer fürchten den Verlust ihres Arbeitsplatzes und Menschen, die für ihr Alter mit Wertpapieren vorgesorgt haben, fürchten durch die fallenden Aktienkurse um ihr Erspartes. Dass sich die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, die bislang ebenfalls privat für ihr Alter vorsorgen müssen, ausgerechnet in der jetzigen Situation von diesem Risiko befreien und eine staatlich garantierte Altersversorgung aus Steuergeldern beschließen wollen, ist nicht akzeptabel. Die Frage einer angemessenen Altersversorgung für Abgeordnete muss öffentlich und breit diskutiert werden, am besten mit einer Expertenanhörung. Dazu ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt. Darum fordern wir die Abgeordneten auf, diesen Tagesordnungspunkt – genauso wie 23 andere auch - zu vertagen. Es darf nicht einmal der Anschein erweckt werden, dass die Abgeordneten sich selbst jetzt besserstellen wollen als die Vielzahl der von der Krise hart betroffenen Bürger."
.

PRESSE-INFO - PRESSE-INFO - PRESSE-INFO - PRESSE-INFO - PRESSE-INFO - PRESSE-INFO